

Quelle: Die Zeit

© Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. KG

POLITIK, Leitartikel

Abtreten, bitte!

Das Ende der Wehrpflicht war überfällig. Sparszwang und Strategie erfordern eine Berufsarmee

Josef Joffe

Am Freitag will der Verteidigungsminister eine deutsche Selbstvergewisserung beerdigen, die zur Fiktion verkommen ist: die allgemeine Wehrpflicht. Die war bei der Gründung der Bundeswehr vor 55 Jahren Staatsräson. Nie wieder »Staat im Staat«; die neue Armee musste »Spiegel der Gesellschaft« und »Kind der Demokratie« sein (Theodor Heuss). Dazu gehörten der »Bürger in Uniform« und die »Innere Führung«: die absolute Vorherrschaft des Zivilen und der Verfassung.

Das Wunder geschah. Keinen Moment lang war die Bundeswehr Staat im Staat wie die Weimarer Reichswehr. Von einer separaten Außenpolitik, wie sie deren Chef Hans von Seeckt gegenüber der Sowjetunion aufzog, hat sie nicht einmal fantasiert; wie denn auch, wenn sie komplett in die Nato integriert war? Regelmäßig haben Bundeswehrgeneräle die Auflehnung geprobt; sie wurden genauso regelmäßig geschasst.

Rechte Umtriebe gab es immer wieder, aber dass sie aufgedeckt und geahndet wurden, zeugt von einem Immunsystem, das Weimar nie hatte. Nur ein »Spiegel der Gesellschaft« ist die Bundeswehr nicht geworden, was aber kaum ihre Schuld ist. Auf dem Höhepunkt der Verweigerung vor acht Jahren haben sich fast 200000 junge Männer dem Wehrdienst entzogen - etwa vierzig Prozent eines Jahrgangs, zumeist aus den höheren Schichten. Vor 20 Jahren wurden 211000 eingezogen, zuletzt

nur 32000. Das kann weder repräsentativ noch wehrgerecht sein.

Ein getreues Abbild der Gesellschaft haben nur Wilhelm II. und Hitler geschafft, aber zu welchem Preis? Im Zweiten Weltkrieg wurden insgesamt 18 Millionen Mann eingezogen - ein guter Querschnitt, kein nachahmenswertes Modell. Soziologisch mag die Bundeswehr die Gesellschaft nicht präzise widerspiegeln; das tut keine Berufsarmee. Aber ideologisch ist der Abstand zwischen Volk und Truppe allenfalls minimal. Deutschland ist heute so aggressiv wie ein Labrador; in die Ferne zieht es nur die Millionenheere der Touristen.

Deshalb wird der »Bürger in Uniform« auch als Berufssoldat weiterleben. Dafür sorgen sechzig Jahre mustergültige demokratische Entwicklung; dafür sorgt ein Ethos, das dem von Polizei und Feuerwehr entspricht. »Preußens Gloria«, ja alles Vaterländische ist den zutiefst zivilen Bedürfnissen der Versorgung und des Fortkommens gewidmet. Grundsätzlich: Wehrpflichtarmeen sind kein Garant der Friedfertigkeit. Die blutigsten Kriege der Neuzeit - die napoleonischen, der amerikanische Bürgerkrieg, die beiden Weltkriege - wurden von Volksheeren geführt.

Seeckt und Hitler wohnen nicht mehr in deutschen Kasernen; das ist die knappe Moral von der Geschichte. Vor einem halben

Jahrhundert waren die Ängste rational; heute geben sie nicht einmal ein richtiges Gespenst her. Es bleibt nur die Fiktion der Wehrpflichtarmee, die sich an zwei Zahlen festmachen lässt: knapp 250000 Soldaten, etwas über 30000 Grundwehrdienstleistende.

Deshalb vollzieht Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg, der noch vor einem Vierteljahr vehement für die Wehrpflicht plädiert hatte, einen längst überfälligen Schritt: Realität statt Kosmetik. Zum Realismus gehört auch das neue Kriegsbild. Die Zeit der Massenarmeen, der Todesmühlen von Gettysburg, Verdun und Stalingrad ist vorbei - jedenfalls in Europa. Die millionenstarke Abschreckungsarmee der Nato, die einst in der Mitte des Kontinents Wache stand, ist Vergangenheit.

Die Zukunft gehört der kompakten hochmobilen und hochtrainierten Einsatzarmee - so denn die Demokratien nach Irak und Afghanistan überhaupt noch den Willen aufbringen, in Konflikte einzugreifen, die ihre Sicherheit nur indirekt bedrohen.

Aber gesetzt den Fall: Dazu taugen keine Gezogenen mit sechs Monaten Grundausbildung. Wer Soldaten ins ferne Feuer schickt, trägt eine Verantwortung, die einen General Ludendorff und seine Kollegen im Kanonenfutter-Zeitalter nicht besonders bedrückte. Er muss sie so ausrüsten und ausbilden, dass sie überleben - unversehrt.

**Quelle: Die Zeit**

© Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. KG

Beweglichkeit und Logistik, Verwundetenversorgung und komplett ausgestattete Feldhospitäler, Abstandswaffen und digitale Kriegführung, Aufklärung aus dem All und aus der Luft kosten sehr viel Geld. Je besser ausgebildet, desto höher die Überlebenschance - und das

erfordert noch mehr Geld. Wie früher Wehrpflichtige in die Schlacht zu schicken wäre heute geradezu kriminell.

Deshalb reicht es nicht, in Zeiten abstürzender Ausgaben die Wehrpflicht abzuschaffen und die Bundeswehr auf 165000 Soldaten

zu stauchen (es waren mal eine halbe Million). Sparminister Guttenberg hat die härteste Prüfung noch vor sich. Aus »klein« muss er »fein« machen. Sonst scheitert er zusammen mit dem Projekt »Bundesberufswehr«.